den daher auch Eingang in das Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen vom 4. Juli 1985. Danach verwirklichen die örtlichen Staatsorgane die sozialistische Demokratie in vielfältigen Formen. Dementsprechend hat die Pflicht der Volksvertretungen zur umfassenden Einbeziehung der Bürger in die Leitung und Planung des gesellschaftlichen Lebens garantierenden Charakter für ein reales Recht auf Mitbestimmung und Mitgestaltung. Das wird bekräftigt durch die Aufgabe der Volksvertretungen, den sozialistischen Wettbewerb zu unterstützen, eng mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, die vielfältigen Aktivitäten des Jugendverbandes zu fördern und die gesellschaftliche Kontrolle über die öffentlichen Angelegenheiten zu gewährleisten.⁵²

Nicht zuletzt ist hier darauf hinzuweisen, daß die Bürger, weil sie in ihrer großen Mehrheit ein hohes Bildungsniveau besitzen und ausgeprägte individuelle Neigungen und Freizeitinteressen haben, eine qualifizierte, sachkundige Arbeit der Mitarbeiter des Staatsapparates erwarten. Politische Alltagsplätze akzeptieren sie nicht, und zur ehrenamtlichen Mitarbeit sind sie dann bereit, wenn diese effektiv ist und zu positiven Veränderungen führt. Mit anderen Worten, eine nicht zu unterschätzende Voraussetzung für gesellschaftliches Engagement besteht darin, daß die Bürger durch demokratisches Mitwirken persönliche Befriedigung erfahren, daß sie den Kraft- und Zeitaufwand für nützlich halten und auch anerkannt wissen.

Drittens: Die sozialistische Demokratie ist eine universelle Erscheinung. Sie ist nicht auf die unmittelbare staatliche Tätigkeit eingeschränkt, sondern wirkt ebenso ausgeprägt in der Wirtschaft und allen wirtschaftlichen Einheiten, einschließlich der Genossenschaften. Das ist um so wichtiger, als die Einführung wissenschaftlich-technischer Neuerungen eine doppelte Herausforderung an das menschliche Schöpferum ist. Einerseits sind im gemeinschaftlichen Wirken von hochqualifizierten Arbeitern, Technikern, Ingenieuren, Ökonomen usw. die komplizierten Maschinensysteme produktionsgerecht zu entwickeln. Andererseits ist Vorsorge zu treffen, daß deren Einsatz für die Werktätigen und ihre Kollektive keine nachteiligen Folgen hat. Die demokratische Mitwirkung der Arbeitskollektive und gesellschaftlichen **Organisationen in allen produktionsverändernden Phasen** hat sich als unverzichtbar erwiesen, um im Arbeitsprozeß auftretende menschliche Probleme auf sozialistische, d. h. humanistische Weise lösen zu können.

Die Verfassung der DDR und das Arbeitsrecht garantieren jedem Bürger einen sicheren Arbeitsplatz gemäß der persönlichen Qualifikation. Nach dem Arbeitsrecht ist es ausgeschlossen, daß einem Werktätigen wegen Maßnahmen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gekündigt und er arbeitslos wird. Außerdem sind solche Vorzüge des Sozialismus wie vorausschauende Gesellschaftsplanung und planmäßige betriebliche Leitungstätigkeit sowie Disponibilität des sozialistischen Eigentums an Produktionsmitteln zum Wohle des Men-

52 Vgl. Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen in der DDR vom 4. Juli 1985, GB1.1 1985 Nr. 18 S. 213, insbes. § 2 Abs. 3 und 4.